

# Niederschrift HFA/021/2011

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine  
am 08.11.2011

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

## Anwesend als

### Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

### Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied bis 19:55 Uhr - TOP 6
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

**Vertreter:**

Herr Paul Jansen	CDU	Vertretung für Herrn Dieter Fühner
Herr Eckhard Roloff	SPD	Vertretung für Herrn Udo Mollen ab 19:56 Uhr - TOP 7
Herr Josef Wilp	CDU	Vertretung für Frau Monika Lulay

**Gäste:**

Frau Johanna Lukaschek	bis 17:55 Uhr - TOP 4
Herr Miguel Salgado	bis 17:55 Uhr - TOP 4
Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot	Geschäftsführer Stadtwerke

**Verwaltung:**

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Werner Lütke-meier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Raimund Gausmann	bis 17:55 Uhr - TOP 4
Herr Stephan Aumann	Produktverantwortlicher Stadtplanung
Herr Günter Strauch	Leiter Projektmanagement
Frau Monika Hoelzel	bis 17:55 Uhr - TOP 4
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Frau Julia Kersting	Schriftführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

### **Öffentlicher Teil:**

#### **1. Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung am 13. September 2011**

I 0:02:00

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

#### **2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 13. September 2011 gefassten Beschlüsse**

I 0:02:16

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu bereits in der Sitzung ausführlich Stellung genommen habe.

#### **3. Informationen**

##### **3.1. Landesgedenkfeier Volkstrauertag**

I 0:02:45

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass am Samstag, dem 12. November, um 16:00 Uhr in der St. Dionysiuskirche eine gemeinsame Gedenkstunde stattfinden werde. Im Anschluss daran, um 17:45 Uhr werde eine öffentliche Begegnung in der Euregio Gesamtschule stattfinden. Zwischen der Dionysiuskirche und der Euregio Gesamtschule werde ein Buspendelverkehr angeboten.

##### **3.2. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss**

I 0:03:47

Frau Dr. Kordfelder verliest folgenden Vermerk:

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13. September 2011 wurden unter TOP 12 u. a. folgende 5 Bürgeranträge gem. § 24 GO an den Rat der Stadt Rheine von einem Petenten vorgestellt:

- vom 08.06.2011 zum Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept
- vom 29.07.2011 zur Sozialen Stadt Dorenkamp
- vom 30.07.2011 zur Außenwerbung Hertie
- vom 30.07.2011 zur Außenwerbung Overmann und
- vom 03.08.2011 zur Bädersituation in Rheine

Mit Schreiben vom 15. September 2011 wurde der Petent davon in Kenntnis gesetzt, dass der Haupt- und Finanzausschuss nach Prüfung der Eingaben den Beschluss gefasst hat, dass eine weitergehende detaillierte Prüfung bzw. Bearbeitung der Anregungen bzw. Beschwerden nicht erforderlich ist.

In allen 5 Fällen hat der Petent mit E-Mails vom 17., 18. bzw. 19. September d. J. die Bürgermeisterin aufgefordert, den Beschluss des HFA gem. § 54 GO zu beanstanden, weil er seines Erachtens gegen geltendes Recht verstößt.

Die Verwaltung hat die Anträge des Petenten auf Beanstandung des HFA-Beschlusses geprüft und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Bürgeranträge, die der HFA-Vorlage 326/11 beigelegt waren, entsprechend den Bestimmungen des § 24 GO in Verbindung mit § 5 der Hauptsatzung der Stadt Rheine rechtlich einwandfrei behandelt und beschlossen wurden. Ein Grund zur Beanstandung gem. § 54 GO besteht daher aus Sicht der Verwaltung nicht!

Da die 5 Anträge auf Beanstandung des HFA-Beschlusses vom Petenten auch gleichzeitig dem Kreis Steinfurt, der Bezirksregierung, dem Ministerium für Inneres und Kommunales sowie dem Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen u. a. zugeleitet wurde, bleibt abzuwarten, ob von dort noch eine Aufforderung zur Beanstandung kommen wird.

Der Landrat hat allerdings dem Petenten mit Schreiben vom 11.10.2011 folgendes Ergebnis seiner Prüfung mitgeteilt:

„Die in der Gemeindeordnung manifestierten Bürgerrechte haben unbestreitbar einen beachtlichen kommunalverfassungsrechtlichen Stellenwert. Allerdings ist bei mir zwischenzeitlich der Eindruck entstanden, dass Sie mit der Vielzahl der Eingaben zu unterschiedlichsten Themenfeldern die Bürgerrechte ‚überstrapazieren‘. Ich habe keinen Grund anzunehmen, dass die für die Stadt Rheine handelnden Organe und Gremien sich ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht bewusst sind. Ich bitte daher um Verständnis, dass wir künftig auf weitere Eingaben Ihrerseits nicht eingehen werden.“

Um Kenntnisnahme wird gebeten, zumal der heutigen Vorlage wieder einige Bürgeranträge gem. § 24 GO von demselben Petenten beigelegt sind.

### 3.3. Interkommunale Zusammenarbeit

I 0:07:00

Frau Dr. Kordfelder verliest folgenden Vermerk:

#### **Interkommunale Zusammenarbeit**

„Einkaufs- und Ausschreibungsgesellschaft“

CDU- und FDP haben einen Prüfantrag zur Gründung einer interkommunalen Einkaufs- und Ausschreibungsgemeinschaft gerichtet. Seitens der Hauptverwaltungsbeamten des Kreises Steinfurt wurde ebenfalls über das Thema im Sinne der Stärkung / Straffung der interkommunalen Zusammenarbeit diskutiert.

Als Ergebnis der Diskussion hat der Kreis Steinfurt alle Gemeinden des Kreises zu einer Besprechung zur interkommunalen Zusammenarbeit eingeladen. An dieser Besprechung haben Vertreter der Stadt Rheine teilgenommen.

Über die Themen:

- Rechnungsprüfung
- Zentrale Vergabestelle
- Personalservice
- Gemeinsamer Einkauf

wurden intensiv beraten.

Ergebnis:

#### **Rechnungsprüfung:**

Zur Konkretisierung der Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit in der örtlichen Rechnungsprüfung wird eine Projektgruppe eingerichtet.

Seitens der Stadt Rheine ist der Leiter der örtlichen Rechnungsprüfung, Herr Karl-Heinz Ottenhus, zur Mitarbeit in der Projektgruppe dem Kreis Steinfurt gemeldet worden.

#### **Zentrale Vergabestelle:**

Die rechtlichen und formalen Anforderungen im Kontext einer Zentralen Vergabestelle für die Städte und Gemeinden im Kreis Steinfurt werden in einer Projektgruppe ausgelotet, beschrieben und bewertet. Ferner sind die Schnittstellen der gemeindlichen Facheinheiten und einer zentralen Vergabestelle zu definieren.

Für die Stadt Rheine ist Herr Herbert Dembsky von der örtlichen Rechnungsprüfung zur Mitarbeit in der Projektgruppe gemeldet worden.

**Personalservice:**

*Personalabrechnung*

Die Einrichtung einer Projektgruppe wurde nicht vereinbart. Für interessierte Kommunen besteht die Möglichkeit, eine Vereinbarung mit dem Kreis Steinfurt über eine Zusammenarbeit einzugehen.

*Stellenbewertung:*

Zum Thema „Stellenbewertung“ wurde einvernehmlich eine Projektgruppe eingerichtet. Von der Stadt Rheine ist Herr Hermeling zur Mitarbeit gemeldet worden.

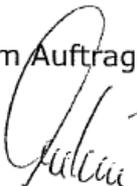
**Gemeinsamer Einkauf:**

Festgestellt wurde, dass im Kreis Steinfurt einzelfallbezogen, z.B. im Bereich der Energie, Bündelungen von Nachfragen bestehen. Zu verschiedenen Themen der gemeinsamen Beschaffung bestehen gemeinsame Arbeitsgremien.

Eine weitere Formalisierung zwischen Kreis und den Städten/Gemeinden erscheint den Teilnehmern des Arbeitskreises „Interkommunale Zusammenarbeit“ derzeit nicht sinnvoll. Auf die Einrichtung einer Projektgruppe ist verzichtet worden. Ein Bedarf wurde nicht erkannt.

Anmerkung: Der Rat der Stadt Borken hat zum nächstmöglichen Zeitpunkt den Austritt aus der aus der Kommunalen Dienstleistungsgesellschaft (KDG) in Heiden beschlossen.

Im Auftrag



Nehus

### 3.4. Bundeswehrstrukturreform

I 0:09:54

Frau Dr. Kordfelder gibt folgende Information:

#### **Information zur Bundeswehrstrukturreform**

Am 26. Okt. 2011 hat das Bundesverteidigungsministerium eine Broschüre veröffentlicht, in der die geplante künftige Entwicklung der Bundeswehrstandorte dokumentiert ist. Im Rahmen der Bundeswehrreform werden demnach von 328 Standorten 31 Standorte komplett geschlossen werden. Darüber hinaus werden 90 Standorte um mehr als 50 % verkleinert. Am gleichen Tag hat der Verteidigungsminister eine diesbezügliche Pressekonferenz abgehalten. Nach den uns vorliegenden Informationen aus der erwähnten Broschüre sowie der Pressekonferenz der Bundeswehr wird der Standort Rheine Bentlage, die Theodor-Blank-Kaserne, komplett geschlossen. Von über 1.900 Soldatinnen bzw. Soldaten und 400 Zivilbeschäftigten werden lediglich 120 Personen weiterhin in den Materiallagern Ochtrup und Rheine-Kanalhafen eingesetzt.

Ich wurde über die beabsichtigte Standortschließung vom Chef der NRW-Staatskanzlei, Herrn Lersch-Mense, informiert. Am 26.10.2011 fand um 12:00 Uhr in der Theodor-Blank-Kaserne auf Einladung der Bundeswehr eine Pressekonferenz statt. Bei dieser Pressekonferenz wurde deutlich, dass den Beteiligten keine weitergehenden Informationen über die Begründung zur Standortschließung vorlagen. Ebenso gibt es aktuell noch keinen Zeitplan zur Umsetzung der Bundeswehrstrukturreform.

Im Vorfeld ist in konzentrierter Aktion aller Beteiligten (Kommunalpolitik, MdL, MdB und Verwaltungen, Landrat, Bürgermeisterin u. a.) seit August 2010 für den Erhalt der Theodor-Blank-Kaserne in Rheine gekämpft worden.

In der Pressekonferenz vom 26.10. habe ich Land und Bund zur Wahrnehmung ihrer regionalpolitischen Verantwortung aufgefordert; für den Fall der Schließung des Standortes habe ich von der Bundesebene die kostenfreie Übertragung der Kasernengelände (dies betrifft auch die General-Wever-Kaserne und die Dam-loup-Kaserne) gefordert. Ich habe auf die Geschichte der Garnisonsstadt Rheine hingewiesen, die vor mehr als 50 Jahren begann.

Die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers zur Auflösung des Bundeswehrstandortes Rheine hat uns alle tief getroffen. Unsere gemeinsame Betroffenheit habe ich mit Schreiben vom 28. Okt. 2011 dem Bundesverteidigungsminister zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig habe ich darauf hingewiesen, dass die Mediendarstellung, der Standort Rheine werde in der Truppenstärke lediglich minimiert, unzutreffend sei. Fakt sei, dass die Dienststelle der Theodor-Blank-Kaserne mit 1.800 betroffenen Soldatinnen und Soldaten und 400 zivilen Beschäftigten komplett aufgelöst werde. Insoweit habe ich eine entsprechende Korrektur gefordert. Außerdem habe ich eine weitergehende Unterstützung insbesondere des Bundes angemahnt.

Zur Klärung der aktuellen Situation und zur Abstimmung eines weitergehenden Verfahrens im Sinne eines „Faktenchecks“ habe ich zwischenzeitlich einen Termin

für den 22.11.11, 13:30 – 15:00 Uhr, anberaumt. Hierzu werden neben den Fraktionsspitzen und Verwaltung auch die MdIs und MdBs sowie der Landrat eingeladen.

Am 07. Nov. 2011 fand zudem ein Gespräch der Bürgermeisterin mit dem Regierungspräsidenten Prof. Dr. Klenke und Bürgermeister Rauen als Vorsitzenden des Regionalrates zur Erörterung der Situation statt. Beide erklärten sich bereit, ebenfalls an dem Termin am 22.11.11 teilzunehmen.

Ich gehe davon aus, dass bis zu diesem Zeitpunkt eine Antwort aus dem Verteidigungsministerium vorliegt.

Außerdem hat das Land Nordrhein-Westfalen eine Konversionskonferenz für Anfang Dezember avisiert. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Bonn hat ebenfalls zu einer Konversionskonferenz im Sinne einer Vorankündigung für Februar 2012 in Berlin eingeladen.

Herr Bonk macht deutlich, dass die CDU-Fraktion niemals damit gerechnet habe, dass der Bundeswehrstandort der Stadt Rheine geschlossen werden würde. Das Versprechen, das aus dem Verteidigungsministerium bei der Schließung des Westfalengeschwaders gegeben wurde, Rheine bei künftiger Standortschließung zu verschonen, habe viel Mut gemacht, dass der Kelch einer Standortschließung an der Stadt Rheine vorbei gehe. Die Entscheidung sei zutiefst ungerecht und nicht nachvollziehbar. Auch heute seien die Gründe, die zu der Schließung geführt haben, unbekannt. Der Rat der Stadt Rheine, die Verwaltung und auch die Abgeordneten aus dieser Region müssen sich nicht vorwerfen, nicht genug für den Erhalt der Heeresflieger getan zu haben. Die CDU-Fraktion bedauere sehr, dass die Soldaten und Zivilbediensteten der Kaserne Bentlage sich nun mit dieser Entscheidung auseinandersetzen müssen. Die Bundeswehr habe sich am Standort Rheine immer wohl gefühlt. Auch die Bürger der Stadt Rheine haben immer zu ihren Soldaten gestanden. Die CDU-Fraktion biete jegliche Unterstützung und Hilfe an, die man leisten könne.

Herr Roscher weist darauf hin, dass nicht nur die Stadt Rheine, sondern die ganze Region betroffen sei. Daher sei es auch wichtig, dass benachbarte Bürgermeister zu dieser Besprechungsrunde eingeladen worden seien. Man werde sich bemühen, die Folgen, soweit wie möglich, zu minimieren. Gleichwohl benötige man dafür Unterstützung. Diese müsse dann auch vom Land und vom Bund kommen.

Herr Holtel merkt an, dass die Bundeswehrentwicklung fordere, dass man einen Blick in die Vergangenheit werfe und sich mit allen Facetten beschäftige. Es habe nicht nur die Beschäftigung für die Bundeswehr in Rheine gegeben. Auch unangenehme Seiten habe es durch den Soldatenstandort in Rheine gegeben. Es habe viele Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg gegeben, die sicherlich auch dadurch begründet waren, dass Rheine ein wesentlicher Standort der damaligen Wehrmacht gewesen sei. Die Bombenangriffe haben viel Leid auf die Bürger der Stadt Rheine gebracht. Auch die Aufgabe, für die vielen Flüchtlinge, die in der Dam-loup-Kaserne untergebracht worden waren, einen angemessenen Wohn- und Arbeitsplatz zu finden, sei der Bevölkerung der Stadt Rheine mit der Verwaltung gelungen. Viele Mitbürger können es nicht fassen, dass diese Entscheidung in Berlin getroffen worden sei.

Herr Reiske hält fest, dass die Entscheidung, den Bundeswehrstandort in Rheine zu schließen, ein tiefer Einschnitt in die Struktur der Stadt Rheine sei. Es sei wichtig, noch Gespräche zu führen, um die Gründe auszuloten und um zu versuchen noch etwas zu gestalten, soweit es noch möglich ist. In Rheine habe man eine relativ niedrige Arbeitslosigkeit. Es sei zu hoffen, dass auch dieser Einschnitt in Rheine verkräftet werden könne. Herr Reiske sehe Chancen für Rheine im Bereich des Klimaschutzes. Bei den gesamten Aufgaben, die damit verbunden seien, würden Arbeitsplätze geschaffen werden, vor allem im mittelständischen Wirtschaftsbereich. Die politischen Verantwortlichen und die Verwaltung haben nun die Aufgabe, Visionen zu entwickeln, wie und an welchen Stellen sich Rheine weiterentwickeln könne. Beispielsweise als Hochschul- oder Fachhochschulstandort. Es sei wichtig, den Blick nach vorne zu richten und zu versuchen, Alternativen zu entwickeln und aus diesen Alternativen Arbeitsplätze zu entwickeln.

### **3.5. Liquiditätslage der Stadt Rheine**

I 0:25:17

Herr Lütkeemeier gibt bekannt, dass mit heutigem Stand ein Liquiditätskredit in Höhe von rund 7,1 Millionen € in Anspruch genommen werde.

### **4. Projekt Setz dich ein! Rheine ohne Rassismus - Rheine mit Courage Vorlage: 396/11**

I 0:25:48

Frau Lukascheck und Herr Salgado informieren anhand der als Anlage 1 beige-fügten PowerPoint-Präsentation ausführlich über das Projekt „Setz dich ein! Rheine ohne Rassismus - Rheine mit Courage“.

Herr Bonk bedankt sich bei der Stadtschülerversammlung, dass sie sich diesem Thema angenommen habe und es aktiv angehen wolle. Besonders sei er beeindruckt davon, dass gerade junge Menschen sich intensiv gegen jegliche Art von Diskriminierung von Personengruppen und Intoleranz einsetzen. Die CDU-Fraktion biete jede Unterstützung an und wünsche viel Erfolg bei der Durchführung des Projektes. Herr Bonk verspricht, dass die CDU-Fraktion die Agenda unterschreiben werde.

Herr Roscher bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion bei den Schülerversammlungen. Sie werde volle Unterstützung geben. Mit dem Projekt werden Werte aus dem Grundgesetz noch einmal hervorgehoben.

Herr Reiske teilt mit, dass alle Ratsmitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Agenda unterschreiben und das Projekt mittragen werden. Seitens der Fraktion werde es volle Unterstützung für das Projekt geben. Es sei erfreulich, dass es bereits 4 Schulen gebe, die „Schule ohne Rassismus“ seien und dass es noch Anfragen von weiteren Schulen gebe, „Schule ohne Rassismus“ zu werden.

Frau Helmes sei ebenfalls sehr begeistert über das Projekt. Sie habe, als Patin der Grüterschule, in den letzten Jahren miterleben dürfen, mit wie viel Engagement und Begeisterung die Schüler an diesem Projekt gearbeitet haben.

Herr Holtel macht deutlich, dass die FDP-Fraktion das Projekt ebenfalls unterstützen werde.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, das Projekt „**Setz dich ein! Stadt ohne Rassismus - Rheine mit Courage**“ zu unterstützen und die Antidiskriminierungsagenda zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **5. Entwicklung der Klimaschutzaktivitäten in der Stadt Rheine Vorlage: 405/11**

I 0:55:36

Herr Bonk erinnert, dass 2007 alle Fraktionen die Klimaschutzaktivitäten der Stadt Rheine beschlossen haben. Es sei daher nur konsequent, dass diese Aktivitäten fortgesetzt werden würden. Mit dem Projekt „Masterplan 100 % Klimaschutz“ werde der nächste Schritt getan. Darüber hinaus sei eine Weiterbeschäftigung des Klimamanagers erforderlich. Die CDU-Fraktion werde daher dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Holtel merkt an, dass diese Weiterentwicklung ein nächster Schritt für ein optimales Klima sei.

Herr Reiske hält fest, dass die Stadt Rheine bei diesem Thema weiter sei als andere Städte. Rheine sei auch gut vernetzt mit dem Kreis Steinfurt.

Herr Roscher erläutert, dass die SPD-Fraktion dem Projekt die volle Unterstützung gebe.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst gemäß § 60 Abs. 1 GO folgende Beschlüsse im Wege der Dringlichkeit:

1. Der HFA der Stadt Rheine stimmt dem Projektantrag für den Masterplan 100 % Klimaschutz zu und beschließt, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 95 % zu senken (Basisjahr 1990), sowie die Senkung des Energiebedarf um 50 % ebenfalls bis zu Jahr 2050.
2. Der HFA der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung damit, die Voraussetzungen für die Weiterbeschäftigung des Klimamanagers im Rahmen des Masterplans 100 % Klimaschutz zu schaffen.
3. Der HFA der Stadt Rheine beschließt, den Masterplan durch ein geeignetes Controlling und institutionalisiertes Managementsystem zu begleiten. Er beschließt die weitere Teilnahme am Programm European Energy Award und beauftragt die Leitstelle Klimaschutz damit, die Folgeförderung für die

Aufbauphase des EEA in die Wege zu leiten. Das im Rahmen des Masterplans einzuführende Controlling-System beruht auf den Grundlagen des EEA; die Umsetzung von Maßnahmen des Masterplans wird mit ergänzenden Controlling-Instrumenten überprüft.

4. Der HFA der Stadt Rheine beschließt, sich an der Durchführung einer wissenschaftlichen Begleitforschung im Rahmen des Masterplans zu beteiligen. Eine Untersuchung von technischen und wirtschaftlichen Klimagas-minderungspotentialen in Kommunen soll durch eine Studie des Solar-Instituts Jülich (SIJ) erfolgen. Der HFA beauftragt die Leitstelle Klimaschutz mit der Projektkoordination innerhalb der Stadt Rheine.
5. Der HFA der Stadt Rheine beschließt die Einrichtung eines Kontroll- und Beratungsgremiums für die Umsetzung des Masterplans (Klimaschutzrat) nach dem Vorbild für die Steuerungsgruppe IKKK.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **6. Integriertes Handlungskonzept Dorenkamp Vorlage: 337/11/2**

I 1:00:39

Herr Kuhlmann informiert, dass es eine ganz klare, eindeutige Förderzusage des Landes NRW gebe und dass es eine klare, sehr weitgehende Bereitschaft gebe, die Stadt Rheine zu unterstützen. Die grundsätzlichen Rahmenbedingungen seien vom Land garantiert. Es werde auch künftig einen Förderanteil von 70 % geben, und ein Eigenanteil von 30 % müsse durch die Stadt Rheine aufgebracht werden. Im Falle einer Verschlechterung des Haushaltes sei eine höhere Finanzierung des Landes möglich. Die inhaltliche Form werde auch in der verjüngten Form so mitgetragen. Man sei auch bereit bestimmte Aspekte hinzuzufügen, die bisher noch nicht so stark betont worden seien.

Herr Bonk macht deutlich, dass die CDU-Fraktion einem Empfehlungsbeschluss für den Rat zustimmen werde, damit die Fördermittel für 2011 freigegeben werden können. Man werde sich aber nicht auf den Beschlussvorschlag der Verwaltung beziehen. Es gebe einen eigenen gemeinsamen Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion:

## **Beschlussvorschlag zur Sozialen Stadt Dorenkamp Änderungsvorschlag HFA-Sitzung am 08.11.2011**

- 1.) Der HFA empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Dorenkamp (Entwicklungskonzept nach § 171e (4) und (5) Baugesetzbuch in Anlage 1). Die Umsetzung der Projekte und Maßnahmen bedarf der jeweiligen Zustimmung des HFA.
- 2.) Der HFA wählt zur Begleitung dieses Handlungskonzeptes aus seiner Mitte 6 Mitglieder als Arbeitsgruppe, die die Verwaltung in der Abwicklung begleiten. Diese Arbeitsgruppe wird laufend über den Fortgang und die Entwicklung informiert.
- 3.) Der in der beiliegenden Projektliste festgelegte Rahmen ist unter finanziellen Aspekten (Eigenanteil der Stadt Rheine) ein Höchstrahmen. Nicht alle Ansätze müssen ausgeschöpft werden. Änderungen der Projektplanung sind nach vorheriger Beschlussfassung durch den HFA möglich und ggfs. dann in den Fertigstellungsjahren zu veranschlagen.
- 4.) Veränderungen bei den Teilprojekten bedürfen der inhaltlichen und finanziellen Zustimmung des HFA. Die endgültige Freigabe der Projekte/Maßnahmen obliegt auch dem HFA.
- 5.) Bis zur endgültigen Beschlussfassung in der Ratssitzung am 13.12.2011 wird die Verwaltung gebeten, eine umfassende Darstellung zur Finanzierung nachfolgender Projekte im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung zu geben:
  - a) Kosten für den U-3-Ausbau
  - b) Neubau von 2 Kindergärten links der Ems
  - c) Erwerb und Erschließung neuer Industrieflächen
  - d) Neue Feuerwache rechts der Ems
  - e) Sachstand zur Liste der Haushaltskonsolidierung im Ergebnishaushalt und bei den Investitionen
  - f) Kosten für den offenen Ganztagsunterricht an Rheinenser Schulen.
- 6.) Der HFA bekräftigt seine bisherigen Aussagen, wonach die Haushaltskonsolidierung nach wie vor oberste Priorität hat. Mehreinnahmen sind zur Reduzierung der Haushaltsfehlbeträge zu verwenden.
- 7.) Die in der mittelfristigen Finanzplanung 2014 seitens der Verwaltung eingeplante Erhöhung der kommunalen Steuern sind

politisch bislang nicht besprochen und entschieden und stehen somit noch unter Vorbehalt.

- 8.) Dem Rat der Stadt Rheine wird die räumliche Abgrenzung zum Förderantrag Dorenkamp zur zielgerichteten Entwicklung nach § 171e (3) Baugesetzbuch (Anlagen 1 und 3) zur Beschlussfassung empfohlen.
- 9.) Die Verwaltung wird beauftragt das modifizierte Projekt der Bezirksregierung Münster und dem MWEBWV in Düsseldorf als Förderantrag vorzulegen, damit eine Mitteleinplanung für 2011 möglich wird. Der Kämmerer wird gebeten, die notwendigen Finanzmittel entsprechend der Projektliste in der mittelfristigen Finanzplanung zu übernehmen.

### **Projektliste Soziale Stadt Dorenkamp**

#### **1.) Gruppe Wohnen und Wohnumfeld:**

Die Positionen 1-3, 6-11, die alle gutachterliche Untersuchungen darstellen werden als „Gruppe-Block“ zusammengeführt und mit einem einheitlichen Ansatz von 500.000 € versehen.

Die Position 4 Hof- und Fassadenprogramm wird – wie vom Ministerium vorgeschlagen – auf 1.000.000 € (ursprünglich 2.000.000 €) reduziert.

Die Position 5 „schönste Haus im Dorenkamp – Wettbewerb“ wird gestrichen.

**Gesamtvolumen Gruppe 1: 1.500.000 € - städtischer Anteil = 450.000€**

#### **2.) Gruppe Öffentlicher Raum:**

Das Ministerium hat die Position 1 = Damloup-Kaserne als nicht förderfähig eingestuft. Somit entfallen insgesamt 4.190.000 € Kostenansatz ersatzlos.

Die Position 2) Aufwertung neuer Mitte wurde grundsätzlich belassen, auch wenn einzelne Projekte noch zu hinterfragen sind. Die Position Verlagerung der Bushaltestelle kann hier außen vor bleiben, da sie aus dem Bereich VSR zu finanzieren wäre. Für die neue Mitte ist ein Kostenrahmen von 200.000 € einzuplanen.

Die Pos. 3 Umgestaltung des Kirmesplatzes wurde generell hinterfragt. Der bisherige Ansatz sollte entfallen. Dafür sollen für die angeregte untersuchende Planung/bzw. ansehnlichere Gestaltung ein Ansatz von 150.000 € erfolgen.

Die Pos. 4 und 9 (Umgestaltung Schulhöfe und Ausgestaltung Kinderspielplätze) sollen zusammen gefasst und mit einem Ansatz von 350.000 € versehen werden.

Die Pos. 5 Umbau im Bestand der Schulen sollte generell belassen werden, auch wenn die Frage der Förderfähigkeit noch offen ist. Ansatz bleibt hier 380.000 €

Die Pos. 6 (Schaffung von Wegeverbindungen) sowie 7 (Barrierefreie Gestaltung der Verkehrsräume und 8 (Alleebepflanzung) und Pos. 12 (Gestaltung von Eingangszonen) sollen als Bündelung aufgenommen werden. Ansatz: 250.000 €

Die Pos. 10 Naturerlebnisraum Catenhorner-Straße ist ersatzlos zu streichen.

Pos. 11 Treffpunkt St. Elisabeth ist mit 75.000 € zu übernehmen. Über die Gestaltung muss aber noch gesprochen werden.

**Gesamtvolumen Gruppe 2: 1.405.000 € = städtischer Anteil 421.500 €**

### **3.) Gruppe Bildung, Qualifizierung, soziale Infrastruktur**

Das Ministerium hat eine Förderung zur Verbesserung der Bildungsangebote aus fördertechnischen Gründen abgelehnt. Damit entfallen bisherige Positionen von 500.000 €. Ob hier noch Chancen bestehen, sollte aber noch untersucht werden. Grundsätzlich wäre Projekte dieser Art sinnvoll und würden die „soziale“ Stadt unterstützen.

Die Erweiterung des Gesundheitszentrums Dorenkamp kann bestehen bleiben. Bleibt aber eine rein private Finanzierung.

Die Umnutzung der Triebwagenhalle für stadtteil-bezogene Nutzungen kann ggfs. durch Sondermittel erwogen werden, auch wenn das Projekt außerhalb des Förderbereiches liegt. Bislang gibt es aber dazu keinen Ansatz.

### **Gesamtvolumen Gruppe 3 bislang offen**

#### **4.) Gruppe Lokale Ökonomie:**

Der Ansatz zu lokalen Ökonomie soll ersatzlos entfallen.

#### **5.) Gruppe Beteiligung und Projektorganisation:**

Der Ansatz der Verfügungsfonds wird grundsätzlich positiv gesehen. Der finanzielle Ansatz von 150.000 € wird daher übernommen werden.

Das Stadtteil-Management wird als grundsätzlich notwendig angesehen. Die Höhe des Ansatzes ist aber zu hinterfragen. Hier sollte der bisherige Ansatz von 960.000 € auf 500.000 € reduziert werden.

Die Pos. Evaluation und Erstellung eines Handlungskonzeptes sind zwingend notwendig. Bisherige Kostenansätze von rd. 80.000 € verbleiben.

**Gesamtvolumen Gruppe 5: 730.000 € = städtischer Anteil 219.000 €.**

Der vorläufige Eigenanteil der Stadt beträgt demnach für das Gesamtpaket 1.090.500 €.

Besonders wichtig sei dabei, dass neben den Beschlüssen und den Zahlen für die Projektliste auch die flankierenden Punkte 1 bis 9 des Beschlussvorschlages umgesetzt werden. Dieser Empfehlungsbeschluss bedeute jedoch keine Automatik für eine endgültige Zustimmung im Rat am 13. Dezember. Dieses sei abhängig von der Umsetzung dieser Punkte.

Herr Roscher entgegnet, dass er nach der Fahrt nach Düsseldorf die Auffassung gehabt habe, dass der Grundsatzbeschluss heute gefasst werden könne. Bereits in den letzten Sitzungen sei immer betont worden, dass es sich um einen Grundsatzbeschluss handle und dass die einzelnen Projekte immer von den entsprechenden Beschlüssen des Rates und der Ausschüsse abhängig seien. Im Vorfeld sei immer dargestellt worden, dass die Damloup-Kaserne mit zum Erschließungsgebiet Dorenkamp gehöre. Wenn diese rausfallen würde, würde es ein großes Areal geben, welches nicht entwickelt würde. Insgesamt sei die SPD-Fraktion dafür, dass die Soziale Stadt Dorenkamp entwickelt werde, um hohe Folgekosten

zu vermeiden. Herr Roscher beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um sich mit der Thematik noch einmal auseinanderzusetzen.

Herr Reiske erläutert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Beschlussvorschlag der Verwaltung mittragen könne. Es stelle sich die Frage, ob der Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion überhaupt bewilligt werde. Herr Reiske befürwortet ebenfalls eine Sitzungsunterbrechung.

Herr Holtel weist darauf hin, dass man auf Rat der zuständigen Ministerialdirigentin zu den verschiedenen Zusammenfassungen von verschiedenen Positionen gekommen sei. Die Zusammenfassung sei gleichzeitig mit einer Verminderung des ursprünglichen Finanzanteils verbunden.

Herr Niehues macht deutlich, dass dieser Änderungsvorschlag zu 100 Prozent das aufgreife, was Gegenstand der Beratungen in Düsseldorf gewesen sei. Mit den Punkten 1 bis 9 habe man einen Teil der Diskussion aufgefangen, die man im Rat zu dieser Sache geführt habe. Gegenüber der Ratssitzung habe man insofern eine neue Situation, da dort gesagt worden sei, dass es dieses Projekt nur insgesamt gebe oder gar nicht. In Düsseldorf habe man dann mitgeteilt bekommen, dass diese Forderung so nicht im Raum stehe. Das Ministerium habe sich sehr flexibel auf die Situation eingestellt und habe das Signal gegeben, dass es Sache der Stadt Rheine sei, über den finanziellen Rahmen dieses Projektes zu entscheiden. Es sei leichter 1,1 Mio. € in der Finanzplanung der Stadt Rheine unterzubringen, als 3,7 Mio. €. Bei den 1,1 Mio. € müsse dann noch zwischen dem Ergebnishaushalt und dem Finanzhaushalt differenziert werden. Es werde substantiell nichts gestrichen, was dieses Projekt in der Gänze gefährdet. Alle Anregungen aus dem Ministerium seien übernommen worden. Wenn der Kämmerer in der Dezemberratssitzung noch etwas zum gesamten Rahmen sagen werde, werde dieses Projekt sicherlich machbar. In dieser abgespeckten Version werde es zu einem exzellenten Projekt.

Frau Dr. Kordfelder hält fest, dass sie dankbar sei, dass von allen Fraktionen die Signale gekommen seien, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, um die Soziale Stadt Dorenkamp auf den Weg zu bringen. In den Punkten 1 bis 9 seien viele Selbstverständlichkeiten enthalten, die ohnehin bei jeder Beschlusslage durch die Verwaltung abgearbeitet werden. Frau Dr. Kordfelder hält fest, dass es keine Möglichkeit gebe, in 1, 2 oder 3 Jahren im Zusammenhang dieses Förderantrages das Volumen aufzustocken. Es gebe nur Netzwerkmöglichkeiten.

Herr Kuhlmann stellt klar, dass es die Aussage der Bezirksregierung und des Ministeriums gewesen sei, dass das Projekt nur in Gänze funktioniere. Man habe sich gewundert, dass das Projekt plötzlich vom Ministerium so flexibel gehandhabt worden sei. Bei den vorgeschlagenen Kürzungen müsse geschaut werden, in welchem Bereich gekürzt werde. Es gebe selbstverständlich Möglichkeiten in bestimmten Ansätzen zu kürzen. Probleme gebe es nur dort, wo die Kürzung der Mittel ohne Kenntnis der Sach- und Rechtslage ausgeübt werde. Beispielsweise sei „Stadtteilmanagement Denkfabrik Dorenkamp“ ein kritischer Punkt. Man müsse die komplette Durchfinanzierung des Stadtteilmanagements sicherstellen. Man müsse einen Auftrag vergeben für die komplette Laufzeit des Projektes. Die Finanzierung könne in 2/3 und 1/3 unterteilt werden.

Herr Kuhlmann macht deutlich, dass eine Mittelnachforderung nur eine Verschiebung innerhalb des Budgets sei. Die Mittel anschließend aufzustocken funktioniere nicht ohne eine nochmalige Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes.

tes. Das Ministerium habe darauf hingewiesen einen höheren Ansatz zu bilden, um nachher gegebenenfalls Mittel zu verschieben. Die Mittel müssten nicht ausgegeben werden, sie seien nur reserviert. Es gebe eine klare Ansage vom Ministerium. Dort wird gesagt, dass die Fraktionen des Rates bis zum 8. November erklären, ob eine Mehrheit für den Ratsbeschluss zum Integrierten Handlungskonzept möglich sei. Diese könne heute durch einen entsprechenden Beschluss, auch in modifizierter Form erfolgen. Solange werde davon ausgegangen, dass der erste Zuwendungsbescheid noch in diesem Jahr erteilt werden könne. Um die Fördermittel aus dem Jahr 2011 bewilligt zu bekommen, müsse ein entsprechender Ratsbeschluss über das Integrierte Handlungskonzept bis Anfang Dezember erfolgen.

Herr Strauch ergänzt, dass bis zum 15. November ein bewilligungsfähiger Antrag vorgelegt werden müsse. Man müsse bis dahin ein Gesamtkonzept vorlegen. Außerdem müsse man für das Jahr 2011 nachweisen, dass es einen entsprechenden Finanzbedarf gebe. Nur dann werde man die 790.000 € erhalten. Es gebe eine Förderrechtsgrundlage in der es heißt, dass es grundsätzlich keine Nachfinanzierung gebe. Nur bei außergewöhnlichen Verhältnissen gebe es eine Nachfinanzierung von bis zu 20 %. Herr Strauch merkt an, dass dieses aber bisher nie vorgekommen sei.

Frau Dr. Kordfelder unterbricht um 18:50 Uhr auf Antrag der SPD-Fraktion die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und setzt anschließend die Sitzung um 19:15 Uhr fort.

Herr Bonk berichtet, dass die CDU-Fraktion noch einmal ausführlich diskutiert habe.

Die CDU-Fraktion sei damit einverstanden, dass in der Projektliste die Position beim Stadtteilmanagement auf 750.000 € reduziert werde, anstatt auf 500.000 €.

Herr Roscher merkt an, dass dann insgesamt 53 % des damaligen Gesamtvolumens gestrichen werden würden. Bei denen im Vorschlag vorgegebenen Kürzungen würde man sich schon in Details bewegen, die man eigentlich im Prozess erst kürzen oder erweitern oder ändern würde. Eine Nachtragsfinanzierung sei im Gesamtvolumen des Antrages nicht möglich. Im Grundsatzbeschluss solch weitgehende Ansätze des Projektes zu reduzieren, sei nicht der richtige Weg. Auch der gerade geänderte Kompromissvorschlag überzeuge die SPD-Fraktion nicht. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen, nicht aber dem Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion.

Herr Reiske hält fest, dass er ebenfalls dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen werde. Das Projekt komme der mittelständischen Wirtschaft der Stadt zugute. Herr Reiske bedaure, dass das Fassadenprogramm gekürzt worden sei.

Herr Aumann informiert, man habe die Ergebnisse aus dem Termin in Düsseldorf in die veränderte Projektliste einfließen lassen. Neben den besprochenen Dingen wie dem Stadtteilmanagement werden auch weitere Maßnahmen sehr stark eingeengt, die aus fachlicher Perspektive den Erfolg des Ganzen sehr stark gefährden. Die erarbeiteten Ziele würden so sehr schwer erreicht werden. Herr Aumann

bittet darum, einen anderen Weg zu wählen, der mehr Möglichkeiten bei der Projektgestaltung gebe.

Herr Mollen erinnert, dass man mit einem Gesamtvolumen von etwa 11 Mio. € gestartet sei, und nun habe man das Projekt auf 3,6 Mio. € reduziert. Es bestehe später immer noch die Möglichkeit, einzelne Dinge noch einmal zu überdenken und durch die Arbeitsgruppe, die den Haupt- und Finanzausschuss begleiten soll, noch herauszunehmen. Jetzt beschränke man sich so sehr, sodass von dem ursprünglichen Projekt nur noch ein Skelett übrig bleibe.

Herr Kuhlmann erläutert, dass es klug sei, die Damloup-Kaserne zumindest aufzunehmen und mit dem Betrag 0 € zu versehen. Damit könne man das Projekt „Soziale Stadt“ nutzen, um die Forderung gegenüber der BImA, diese Flächen an die Stadt zurückzugeben, weiterhin aufrechtzuerhalten. Herr Kuhlmann könne nachvollziehen, dass man eine Beschränkung eines ganz bestimmten Betrages fordere; nicht nachvollziehbar sei hingegen, dass man diese Beschränkung nicht auf einem anderen Wege herbeiführe, durch die Arbeitsgruppe, die die Verwaltung in der Abwicklung begleite. Herr Kuhlmann plädiere dafür, die Flexibilität beizubehalten und das Projekt in einer Größenordnung zu behalten, die es auch umsetzbar mache. Herr Kuhlmann befürchte, dass es beim Ministerium Probleme geben könne, wenn man mit einer noch schlankeren Version versuche, das Projekt zu realisieren.

Herr Gude macht deutlich, dass es unverständlich sei, dass man ein Projekt realisieren wolle mit Maßnahmen, die man so nicht realisieren wolle. Man sei an Grenzen und Schwellenwerte gebunden. Es sei fraglich, ob es in Ordnung sei, wenn man an anderen Stellen reduziere.

Herr Niehues bemängelt, dass Herr Kuhlmann nur das Projekt und nicht die Finanzlage der Stadt sehe. Aus dem Projekt sei die Damloup-Kaserne nicht förderfähig. Herr Niehues weist darauf hin, dass das Fassadenprogramm nicht der energetischen Sanierung diene.

Herr Kuhlmann macht deutlich, dass der Beschluss eine verbindliche Wirkung habe müsse. Er könne aber nicht sagen, wie die Reaktion des Ministeriums ausfallen werde.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion mit der Änderung der Reduzierung des Stadtteilmanagements von 960.000 auf 750.000 € abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	10	Ja-Stimmen
	8	Nein-Stimmen

Herr Strauch erläutert anschließend zum Verfahren, dass man aufgrund dieses Beschlusses das Zahlentableau anpassen werde. Dieses Zahlentableau werde Bestandteil des neuen Antrages werden. Für die Ratssitzung werde im Grunde genau der Beschlussvorschlag von heute nur mit den veränderten Positionen vorgelegt, so dass anschließend Ratsbeschluss und Antrag deckungsgleich seien.

**7. Einwohnerfragestunde**

II 0:00:30

Es folgen keine Wortmeldungen.

**8. Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine  
Vorlage: 423/11**

II 0:42:12

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:            17      Ja-Stimmen  
   1      Nein-Stimme

**9. Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung, Umsetzung der Anlage 1 der Konsolidierungsvorschläge, Ziff. 1.13, hier: Abschluss eines Rettungsdienstvertrages mit dem Kreis Steinfurt  
Vorlage: 413/11**

II 0:42:49

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, den als Anlage 1 der Vorlage beigefügten Entwurf eines öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Zusammenarbeit im Rettungsdienst (Rettungsdienstvertrag) zwischen dem Kreis Steinfurt und der Stadt Rheine zu schließen.

Abstimmungsergebnis:            einstimmig

**10. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss**  
**Vorlage: 408/11**

II 0:43:33

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der dieser Vorlage als Anlagen beigefügten Anregungen bzw. Beschwerden im Sinne des § 24 Gemeindeordnung NW zu dem Ergebnis, dass eine weitergehende detaillierte Prüfung bzw. Bearbeitung der Anregungen bzw. Beschwerden nicht erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Anfragen und Anregungen**

**11.1. Steuerschätzung, Anfrage von Herrn Niehues**

II 0:44:07

Herr Niehues bittet um eine Auskunft zur Steuerschätzung.

Herr Lütkemeier informiert, dass zur Steuerschätzung keine Aussage getroffen werden könne, weil die bundesweite Steuerschätzung zunächst für jedes Bundesland regionalisiert werden müsse. Dieses liege derzeit noch nicht vor. Insofern könne man dazu derzeit nichts sagen. Man könne aber davon ausgehen, dass sich bei den Steuererträgen insgesamt Verbesserungen ergeben werden. Nur eine genaue Größenordnung könne man nicht nennen.

**11.2. Ampelschaltung in Rheine, Anfrage von Herrn Reiske**

II 0:45:24

Herr Reiske erinnert, dass man sich im Frühsommer dieses Jahres in einer Bürgerversammlung mit dem Thema Ampelschaltung beschäftigt habe. Es gebe einen großen Unmut in der Bevölkerung über die Ampelschaltung für Radfahrer in der Stadt. Herr Reiske fragt an, wann es zu erwarten sei, dass sich die Situation für Radfahrer verbessern werde.

Frau Dr. Kordfelder erläutert, dass sie jetzt konkret kein Datum nennen könne. Die Verwaltung arbeite an dem gesamten System. Sie sichert zu, dass Herr Reiske eine Rückmeldung zu der Anfrage bekommen werde.

**Ende des öffentlichen Teils:**

**20:00 Uhr**

---

Dr. Angelika Kordfelder  
Bürgermeisterin

---

Julia Kersting  
Schriftführerin